

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
I. Verbesserung der Erträge/Einnahmen							
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€	<i>neu 100%</i>					
16.	Planungskostenbeteiligung Baugebiet Gymnasium (90.000 € auf 5 Jahre)			18.000	18.000	18.000	
17.	Anpassung IT-Kooperationskosten			15.000	15.000	15.000	
22.	Erhebung von Parkgebühren (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung aus 2010</i>)			86.300	86.300	86.300	damalige Berechnung siehe Anlage

II. Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben							
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€						
9.	Einsparung Personalkosten Wirtschaftsförderung (Nachweis im Stellenplan ist erforderlich)		42.000	42.000	42.000	42.000	
10.	Personalkosteneinsparungen durch Nicht-Wiederbesetzung (Nachweis im Stellenplan erforderlich)			38.300	38.300	38.300	
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung $<$ 10 T€						
7.	Kündigungen Mitgliedschaften / Abos		400	400	400	400	
8.	Softwarepflegekündigung			3.000	3.000	3.000	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
C) Vorschläge der Fraktionen und Bürger							
1.	<p>Personalkosten über Kooperationen mit Umlandgemeinden, z. B. Standesamt, Meldeamt, evtl. Tätigkeiten in den Bauämtern [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Kooperationen werden bereits im Bereich EDV, Schulverband, in baulichen und abwasserrechtlichen Fragestellungen praktiziert. Dieses Thema wird regelmäßig auf Ebene der hauptamtlichen Bürgermeister und mit den Umlandgemeinden thematisiert.</p>			€	€	€	
2.	<p>Reduzierungen der Abteilungen sowie deren Führungskräfte (Grünflächenpflege, evtl. an Bürger abgeben, Blumenhändler, Winterdienst) [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf neue Anforderungen an die Verwaltung, wie z. B.: Energie- und Klimaschutzmanagement, Social Media, Fluktuation von Führungskräften (ehemaliger Wirtschaftsförderer) wird mit der neuen Organisationsstruktur, die im Haupt- und Planungsausschuss am 18.9.12 und dann in der Stadtverordnetenversammlung am 27.9.12, vorgestellt werden wird, reagiert.</p>			0	0	0	
3.	<p>Ausführungen von Arbeitsabläufen über IT-Systeme, Glasfaserverkabelung mit Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hier konnten in der Vergangenheit bereits in aktuellen Anforderungen entsprechend deutliche Verbesserungen der Arbeitsabläufe realisiert werden. Zum Thema Glasfaserverkabelung besteht auch im Rahmen der IT Kooperation Kontakt mit dem Amt Schwarzenbek Land. Regelmäßige Gespräche, enge Vernetzung und zukünftige Entwicklung sind dadurch gewährleistet.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
4.	Personalkosten senken [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8., 9. 10.
5.	Prioritätenliste Dienstleistungen, Aufgaben. Hohe Dringlichkeit, nachgeordnete Dringlichkeit daraus das notwendige Personal ableiten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
6.	Unerhebliche Dienstleistungen kostenneutral vorhalten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
7.	Lizenzgebühren Open Source Programme verringern [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt hat Lizenzen gespendet bekommen, einzelne Programme laufen nur in Verbindung mit den eingesetzten Programmen, der Schulungsaufwand für "Fremde" Programme ist erheblich</i>			0	0	0	
11.	städtischer Schriftverkehr per E- Mail [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt; siehe auch C. Nr. 13</i>			0	0	0	
13.	Städtischer Schriftverkehr in E-Mail Form (Portoeinsparung z. B. Benachrichtigung Personalausweis) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt</i>			0	0	0	
15.	Aufwendungen im EDV-Bereich (Fortbildung) auf 65% senken [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>hier werden die Kosten nicht nur für die IT-Abt. sondern für die gesamte Verwaltung dargestellt</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
22.	Kreisumlage kürzen , Kürzungen des Kreises gegenrechnen [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine Möglichkeit, die Kreisumlage zu kürzen, wird mangels Rechtsgrundlage nicht gesehen. Tatsächlich müsste der Bürgermeister diesem Anliegen widersprechen. Faktisch kann die Kreisumlage nur durch politische Beschlüsse des Kreistages erfolgen, d. h., hier sind insbesondere die politischen Vertreter der Kreistagsfraktion gefordert. Ob hierzu entsprechende Mehrheitsbeschlüsse im Kreistag erfolgen, erscheint zunächst zumindest fragwürdig.</i>			0	0	0	
30.	Kommunallotterie, 50% Stadt. 50%Ausschüttung [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
40.	Bewirtschaftung der Park- und Ride Plätze am Bahnhof [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung :</u> <i>durchführbar; lt. Beschlussvorlage vom 29.09.2011- siehe Anlage- besteht bereits im ersten Betriebsjahr die Möglichkeit, höhere Erträge als Aufwendungen zu erwirtschaften. Die vorhandene Kalkulation wird zur Verfügung gestellt, bei Bedarf wird diese überarbeitet und aktualisiert.</i>			35.000	35.000	35.000	siehe I. A. Nr. 25.
52.	Personaleinsparungen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Wird im Einzelfall immer geprüft</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
53.	Besetzungssperre für freigewordene Stellen (Anzahl) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Wird im Einzelfall immer geprüft</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
54.	Auflistung der nicht gesetzlich begründeten Aufgabenbereiche / Stellen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Umfangreiche Überprüfung der Stellen läuft</i>			€	€	€	
65.	Eine Gleichstellungsbeauftragte für die städtische Verwaltung ist heute nicht mehr erforderlich, da der Anteil der Frauen auf jeder Ebene übererfüllt ist. Die Stelle ist aufzulösen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>ab 15.000 Einwohner ist eine Gleichstellungsbeauftragte verpflichtend. GB ist nicht nur für MA des Rathauses Ansprechpartner. Beschluss für hauptamtliche GB StVV vom 27.03.2009 mit 20 Ja und 2 Nein Stimmen.</i>			0	0	0	
66.	Im Bauamt ist 1 Person einzusparen, da die Aufgabenfülle nicht mehr zu erwarten ist, es muss auch nicht alles, was geprüft vorgelegt wird, erneut überprüft werden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine Reduzierung hat schon stattgefunden, eine Stelle ist zur Zeit nicht besetzt.</i>			0	0	0	
67.	Standesamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Diese Angelegenheit wurde bereits überprüft; eine Kooperation ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Tatsächlich findet eine Zusammenarbeit gegen Kostenerstattung statt.</i>			0	0	0	
68.	Meldeamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe Anmerkung zum Standesamt unter C Nr. 67.; in diesem Bereich findet noch kein Austausch bzw. Unterstützung statt</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
69.	Empfang im Eingangsgebäude Rathaus auflösen: die Beschilderung zur Orientierung ist evtl. zu ergänzen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Zentrale bedient schätzungsweise 50 % aller Bürgeranliegen, die anderenfalls in den Fachabteilungen bearbeitet werden müssten. Unsere Kunden müssten mit jeder kleinen Anfrage oder Bitte in die Büros, was die Arbeitsgänge deutlich verlangsamen würde. Die Kolleginnen und Kollegen der Zentrale haben eine Reihe weiterer Verwaltungsaufgaben, die von dort erledigt werden.</i>			0	0	0	
71.	Eingangspost über Vorzimmer BM öffnen und zur weiteren Bearbeitung - nach Prüfung - verteilen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bearbeitungsverzögerungen würden entstehen</i>			0	0	0	
73.	Bürgerservice sinnvoll ausbauen, dafür Personalreduzierungen in den Fachabteilungen durchsetzen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Fachlich nur in wenigen Teilbereichen möglich. Wird überprüft.; evtl. räumliche und bauliche Hindernisse</i>			€	€	€	
74.	Verwaltungsseitige Teilnahme an Sitzungen auf eine Person reduzieren, diese muss sich sachkundig informieren, um über die TOP der Sitzung Auskunft geben zu können (Ziel ist der Abbau von Mehrstunden) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Vorschlag der Verwaltung: Der Ausschuss Vorsitzende lädt den gewünschten Ansprechpartner der Verwaltung termingerecht ein.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
76.	<p>Reduzierung der im Verhältnis hohen Fehlzeiten durch Krankheit um 1,5 % - Punkte; auch mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten!!! [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Viele kostenlose Möglichkeiten wie z. B. intensive Betreuung durch Führung und Personalamt. eingeführt. Sollten Sie andere "Möglichkeiten" meinen, bitte definieren</p>			0	0	0	
83.	<p>Antragstellung bei dem Innenministerium Schleswig-Holstein auf Fortschreibung der Landesplanung und Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum [Vorschlag der FWS]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum ist durchaus wünschenswert und vom Bürgermeister letztmalig bei IM am 06.09.2012 thematisiert worden. Im IM fand diese Anregung leider nicht die erwünschte Resonanz. Ob und wann das Innenministerium im Zuge der Fortschreibung der Landesplanung die Stadt Schwarzenbek tatsächlich als Mittelzentrum ausweist, kann von hier nicht beurteilt werden. Die letzte Fortschreibung der Landesplanung erfolgte im Kalenderjahr 2010; diese dient als Grundlage für die räumliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2025. Insoweit ist eine zeitnahe Ausweisung der Stadt als Mittelzentrum nicht zu erwarten.</p>			€	€	€	
85.	<p>Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Stadtgebiet [Vorschlag FWS]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe hierzu C Nr. 135.</p>			0	0	0	
86.	<p>Kein weiterer Ausweis von Baugebieten [Vorschlag FWS]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Ausweisung von Baugebieten liegt in der Verantwortlichkeit der politischen Gremien der Stadt Schwarzenbek.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
87.	Ausweisung von Nutzungsflächen für Windkraftanlagen vom Innenministerium [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Antrag wurde zurückgezogen. Darüber hinaus ist eine Ausweisung von Flächen wegen fehlender Windgeschwindigkeit und vorgeschriebenen Mindestabstandsflächen zur Wohnbebauung nicht möglich (siehe HAPI 15.11.11 TOP 7 und 19.06.12 TOP 5 - Teilfortschreibung der Regionalpläne).</i>			0	0	0	
88.	Gründung einer solaren Betreibergesellschaft in Schwarzenbek für eine solare Nutzung von stadteigenen Dachflächen zu initiieren [Vorschlag der FDP]			€	€	€	Diese Themen (C Nr. 88. - 90.) können im Rahmen des Energie- und Klimaschutz- konzeptes aufgegriffen werden.
89.	Mögliche Investitionen in eine solaren Betreibergesellschaft [Vorschlag der FDP]			€	€	€	
92.	Erstellung eines Businessplans für die Schwarzenbek Marketing GmbH sowie Aufnahme der Innenstadtplanung durch die Verwaltung oder die Schwarzenbek Marketing GmbH [Vorschlag der FDP]						
93.	Keine Verlängerung von Zeitverträgen / Keine Neueinstellungen ohne Zustimmung HA [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das kann im Einzelfall großen Schaden anrichten und ganze Abteilungen zum Erliegen bringen. Wenn es Sinn macht, werden Verträge natürlich auch nicht verlängert.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
97.	Gründung eines Energieausschusses (wie Geesthacht) um ein Energiekonzept zu erarbeiten und um die Umsetzung zu begleiten. [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Ein zusätzlicher Ausschuss verursacht Kosten.</i>			0	0	0	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
102.	Ich schlage vor, alle Vorschläge zu veröffentlichen (auch abgelehnte mit Ablehnungsgründen) weil nach deren Studium der eine oder andere Bürger durch Änderungen oder Ergänzungen einem Vorschlag mehr Dynamik oder neues Leben einhauchen könnte. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: wird gemacht</i>						
105.	Und: brauchen wir wirklich alle 122 Stellen des Stellenplans ? [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Bei jeder Nachbesetzung wird geprüft, ob die Aufgaben nicht anderweitig erledigt werden können. Zurzeit prüfen wir, welche Aufgaben aus rechtlichen Gründen zwingend erledigt werden müssen und welche verzichtbar sind. Sollte sich ein Stellenüberhang ergeben, wird es Reduzierung geben.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
107.	Nachdem Verdi für die Kommunen erfolgreich ein Stellenabbauprogramm durchgesetzt hat, wird der Stadt zur Konsolidierung des Haushaltes wohl nur die Reduzierung der Personalkosten verbleiben. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Haushalt ist allein durch die Reduzierung der Personalkosten nicht zu sanieren. Im Übrigen siehe C Nr. 105.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
113.	<p>Die Stadt scheint die Kontrolle des "ruhenden Verkehrs" eingestellt zu haben. Da diese Aufgabe bisher auch keine Beamten der Stadt wahrgenommen haben, kann es keine hoheitliche Aufgabe sein. Die Stadt sollte sich hier einen Dienstleister suchen, der diese Aufgabe übernimmt. Mit dem Dienstleister müsste dann ein prozentualer Anteil an den tatsächlichen Einnahmen der Bußgelder vereinbart werden. Das hätte für die Stadt m.E. 2 Vorteile. Zum Einen braucht sie hierfür kein eigenes Personal; zum anderen kassiert sie zusätzlich Bußgelder. Dies ist sicher keine übliche Vorgehensweise im ö.D.; aber eigentlich sollte diese unter dem Begriff "Outsourcing" möglich sein. Dies in aller Kürze nur einige Möglichkeiten der Kostenersparnis bzw. der Einnahme Verbesserung. Das könnte z.B. auch ein Thema der Einwohnerversammlung sein. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist eine hoheitliche Aufgabe und daher von eigenem Personal durchzuführen. Zur Parkraumbewirtschaftung sollten Vorschläge erarbeitet werden. Bei gebührenpflichtigen Parkplätzen ist es durchaus möglich, diese Serviceleistung einzukaufen.</p>			€	€	€	siehe I. A. Nr. 25.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
114.	<p>Der Vorschlag behandelt den Beitritt der Stadt Schwarzenbek bei Dataport für IT-Dienstleistungen. Der Stadt liegt eine ausführliche Stellungnahme vor. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bei dem Vorschlag „Beitritt zum IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR“ handelt es sich lediglich um die Inanspruchnahme von IT-Beschaffungsmaßnahmen über Dataport. Es bleibt fraglich, ob es günstiger ist über Dataport z.B. PCs und Server zu kaufen, als über den freien Markt. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die Stadtverwaltung seit langem fast ausschließlich gebrauchte PCs anschafft. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass unsere Eigenbeschaffungen günstiger waren. Selbstverständlich wird die weitere Entwicklung sehr genau verfolgt, um dann an diesem „Einkaufsverbund“ teilzunehmen.</p>			0	0	0	
117.	<p>Fachlich versierten Sparkommissar einsetzen, der die Verwaltungsarbeit drastisch reduziert, VHS, Bücherei, Verwaltung in die freistehende Schule in der Berlinerstrasse einziehen lassen Rathaus verkaufen, Schuldenberater in Kiel kontaktieren. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Wir überprüfen jeden Einsparungsvorschlag und auch die Idee, externe Berater zu befragen. Kontakt zu externen Beratern besteht durch die Zusammenarbeit mit dem Prüfungsamt und den Ministerien. Das "Kommunal-Ministerium" hat Hinweise zur u.a. Beschränkung von Ausgaben zur Verfügung gestellt, die von der Stadt schon umgesetzt werden. Darüber hinaus kontrollieren wir jede unsere Aufgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit. Zu bedenken ist allerdings, dass wir anders als in der freien Wirtschaft Aufgaben haben, deren Erfüllung gesetzlich vorgeschrieben sind. Zur Realschule ein Hinweis: Die Kosten, die für die Umnutzung einer Schule in ein kommunales Verwaltungsgebäude entstehen, sind erheblich.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
121.	<p>Der Bahnhof muss attraktiver werden: Es genügt nicht ein Zeitungsladen, in dem sich teilweise merkwürdige Gestalten herumtreiben. Hier muss um den Bahnhof herum für den Mittelstand etwas getan werden- kleine Läden, Cafés etc. Der gute Anfang scheint zu kommen: das ehemalige Gefängnis soll ja demnächst ein Café bekommen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Forderung nach einer Attraktivitätssteigerung ist berechtigt. Leider hat die Stadt keine Zuständigkeit auf dem Bahngelände - andere Möglichkeiten werden zurzeit nicht gesehen.</p>			0	0	0	
122.	<p>Wenn Schwarzenbek schon expandiert, sollte man den Handwerksbetrieben aus dem Umland attraktive Angebote machen, sich hier nieder zu lassen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bitte konkretisieren Sie Ihre Idee. An welche Art der Angebote wird gedacht?</p>			€	€	€	
123.	<p>Und noch eine Sache, die schon etwas älter ist: Der Lärmschutz wegen der Bahn hatte bei mir eine Idee geweckt, die ich mich nicht traute zu sagen: Wenn ein Lärmschutz gebaut werden soll, bitten Sie die Bürger von Schwarzenbek um Spenden. Z.B. bei einer Spende ab 100 Euro wird in einem Gehwegstein der Name des Spenders eingraviert. So was gab es bei der Gartenschau in Schwerin schon mal. Man muss sehen, wie viel da zusammenkommt.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Hinweis, dem nachgegangen wird. Spenden für die Finanzierung der Sporthalle Buschkoppel wurden damals für den Bau bereits eingeworben.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
125.	<p>Wie wäre es mit der Gründung eines Stromanbieters für Schwarzenbek? Mit Erdwärme und Solar/ Photovoltaik kann man heutzutage viel erreichen. Die Anschaffung muss natürlich geprüft werden. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Dieses wurde und wird regelmäßig in den städtischen Gremien und in den Gremien der Stadtwerke diskutiert. Bisher wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen Abstand genommen, wobei Photovoltaik bei den Stadtwerken zur Anwendung kommt.</i></p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
126.	<p>Ferner sollte allgemein der Zusammenhalt der Bürger in Schwarzenbek mehr gefördert werden: Straßenfeste und ehrenamtliche Aktionen für nationale/ internationale Projekte könnten Schwarzenbek einen neuen Bekanntheitsgrad geben. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft.</i></p>			0	0	0	
133.	<p>Gartenpflege von Hartz IV Empfänger machen lassen statt von Fremdfirmen. Spart bestimmt. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Entscheidung über eine Heranziehung zur Arbeit von Hilfeempfängern kann nicht von der Stadt Schwarzenbek getroffen werden. Hier ist der Kreis Herzogtum Lauenburg Ansprechpartner.</i></p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer *)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
135.	<p>Etwas für die Neuansiedlung von Geschäften in der City machen. Aber weder Frisöre noch Schuhgeschäft, sondern was auch die Stadt anreizt. Könnte Gewerbesteuer einbringen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Zum Hinweis Gewerbesteuer: Neuansiedlungen tragen sicherlich zur Attraktivitätssteigerung bei und sind sicherlich wichtig. Der Gewerbesteuerfreibetrag beträgt zurzeit 24.500 €, d.h. Gewerbesteuer fließt erst ab einem Gewinn oberhalb dieses Betrages. Zu Ihrer Orientierung sei an dieser Stelle erläutert, dass nach Mitteilung des IM Neuansiedlungen von Gewerbetrieben konjunkturell zu bewerten sind und damit nicht zur Konsolidierung beitragen.</p>			€	€	€	
143.	<p>Personal überprüfen und einsparen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe C. Nr. 105.</p>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9. 10.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3 im Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Planungsausschusses

Ziffer)	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	

*) In der Spalte "Ziffer" ist die laufende Nummerierung der Gesamtkonsolidierungsliste angegeben

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Die Maßnahmen, die im Jahr 2011 umgesetzt wurden, dürfen nur mit 50 % ihrer strukturellen (jährlich wiederkehrenden) finanziellen Auswirkungen in allen Jahren (2011-2012) angesetzt werden.

³ Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses unter Verringerung der Aufwendungen/ausgaben zu erfassen.

⁴ Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen, die 2012 umgesetzt wurden, sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2013 umgesetzt werden, für die Jahre 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2014 umgesetzt werden, für die Jahre 2014 und 2015, der Maßnahmen, die in 2015 umgesetzt werden, für das Jahr 2015.

⁵ Die Gesamtsumme der Spalte 7 gibt die strukturelle (jährlich wiederkehrende) Wirkung aller umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2015 an und soll mindestens 40 % des vorläufigen Richtwertes betragen.

Erläuterungen:

Berechnet wurden die Erträge aus Steuern, bei denen die Stadt Schwarzenbek über den laut Richtlinien notwendigen Hebesätzen Steuern erhoben hat.

Ferner bei der Hundsteuer die Mehrerträge aus den Festsetzungen für den zweiten und weitere Hunde.

Der Zuschuss an die Kindergärten reduziert sich auf die Zuschüsse für die Personalkosten.

Der RdErl. IM vom 08.05.2008 ist gültig bis zum 31.12.2012